

VW-Betriebsräte ziehen vor Gericht

Nach BGH-Urteil: Interessenvertreter wehren sich gegen Gehaltskürzung

Es geht weiter! Die Betriebsräte bei Volkswagen kommen einfach nicht zur Ruhe. Nachdem der Bundesgerichtshof Anfang 2023 die Freisprüche für VW-Personalmanager aufgehoben hatte, kündigte der Konzern Gehaltskürzungen für einige seiner Betriebsräte an. Die Begründung: So stehe es in den Entscheidungsgründen des Gerichts. Die Betriebsräte wollen das nicht hinnehmen und gehen gerichtlich gegen die Einbußen vor. Das Unternehmen begrüßt diesen Schritt sogar.



Redaktion

Stand: 4.5.2023

Lesezeit: 02:45 min



Den Stein ins Rollen gebracht hatte in der ganzen Sache (unfreiwillig) Bernd Osterloh, seines Zeichens VW-Betriebsratsvorsitzender bis 2021. Er soll dank diverser Boni in der Spitze ein jährliches Gehalt von 750.000 Euro erhalten haben. Da er aber nicht der einzige begünstigte Betriebsrat war, soll der Volkswagen AG ein Schaden von mehr als 4,5 Millionen Euro in den Jahren zwischen 2011 und 2016 entstanden sein (hier weiterlesen: Untreueprozess gegen VW-Manager geht in eine neue Runde). Den Vorwurf der Untreue mussten sich indes die Personalmanager gefallen lassen, da sie die Gehälter und Boni freigegeben hatten. Im September 2021 wurden diese schließlich vom Landgericht Braunschweig freigesprochen. Der Bundesgerichtshof jedoch kam zu einem anderen Entschluss: Das Urteil des Landgerichts Braunschweig genüge nicht den gesetzlichen Vorgaben. In der Begründung wurde darauf hingewiesen, dass hypothetische

Annahmen über die weitere Karriere eines Betriebsratsmitglieds allein kein Maßstab für dessen Bezahlung sein dürfen.

Gehälter um bis zu 4.000 Euro monatlich gekürzt

Volkswagen hatte daraufhin angekündigt, die im Urteil „enthaltenen Feststellungen zum Maßstab der Betriebsratsvergütung“ zu berücksichtigen. Nach Informationen des Handelsblattes hatte VW daraufhin knapp 80 Mitarbeitervertretern die Gehälter gekürzt – in der Spitze sogar um 4.000 Euro monatlich. Nun scheint es, dass VW mit einer Vielzahl an Klagen rechnen muss. Eine davon wurde in Hannover verhandelt, ein Vergleich oder eine gütliche Einigung wurde nicht erzielt, sodass das Verfahren nun weitergeht. Geklagt hatte ein Betriebsratsmitglied, der eine Gehaltskürzung um rund 300 Euro brutto im Monat in Kauf nehmen musste. Außerdem wehrte er sich gegen Rückzahlungsforderungen im niedrigen vierstelligen Bereich.

Letztlich geht es darum, dass bei Betriebsräten die potenzielle Karriere, die sie ohne ehrenamtliche Tätigkeit gemacht hätten, geschätzt wird (hier weiterlesen: [Was verdienen Betriebsräte?](#)). Auf Grundlage dieser Schätzung richtet sich deren Vergütung. Laut Interpretation des BGH-Urteils ist indes die Vergütung vergleichbarer Arbeitnehmer mit betriebsüblicher Entwicklung entscheidend. Daraufhin musste VW bis Ende April Vergleichsarbeitnehmer finden und erklären, warum genau diese Person für die entsprechende Betriebsratsvergütung herangezogen wurde.

Im Interesse der VW AG

Es bleibt also spannend bei Volkswagen und seinen Betriebsräten. Das Unternehmen selbst soll die Klagen seiner Betriebsräte sogar befürworten. Im Handelsblatt wird ein Konzernsprecher zitiert: Er hält es „für nachvollziehbar, dass die Betroffenen den Klageweg beschreiten“. Dass endlich Klarheit über die Betriebsratsvergütung geschaffen wird, „liegt auch im Interesse der Volkswagen AG“. Wie es nun weitergeht? Wir werden berichten. (tis)

Kontakt zur Redaktion

Haben Sie Fragen oder Anregungen? Wenden Sie sich gerne direkt an unsere Redaktion. Wir freuen uns über konstruktives Feedback!

redaktion-dbr@ifb.de